

Jede

Unterschrift zählt bei der Durchführung eines Volksbegehrens für ein Sozialticket in Brandenburg

Seite 3

Viele

wichtige Themen konnten bei der Vor-Ort-Beratung der Landtagsfraktion DIE LINKE angesprochen werden

Seite 4

Alle

Kinder haben einen Anspruch auf einen eigenen Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen

Seite 6

DIE LINKE. AKTUELL

15. Jahrgang, 158. Ausgabe, Mai 2008

www.dielinke-teltow-flaeming.de

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Kampftag? – Feiertag?

Für alle Deutschen ist es eine Normalität: 1. Mai – arbeitsfrei

Der Ansatz liegt 119 Jahre zurück, eigentlich 122 Jahre. Amerikanische Arbeiter führten am 1. Mai 1886 bittere Auseinandersetzungen mit den damals Mächtigen um den Achtstundenarbeitstag.

Zehn bis zwölf Stunden Arbeitszeit waren in allen Ländern „normal“. Der Gründungskongress der II. Internationale in Paris 1889 beschloss, in Erinnerung an die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter 1886 am 1. Mai 1890 in allen Ländern gleichzeitig „eine große internationale Manifestation“ für die Er kämpfung des Achtstundentages und für internationale proletarische Solidarität durchzuführen. Obwohl das Sozialistengesetz in Deutschland 1890 noch nicht gefallen war – es verbot den Arbeitern jegliche politische Betätigung – legten allein hier über 200.000 Arbeiter die Arbeit nieder, um für die o.g. Ziele zu demonstrieren. 1891 beschloss die II. Internationale, den 1. Mai in jedem Jahr als „Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen“, zu begehen. Bis heute ist die Geschichte des 1. Mai sehr wechselvoll. Knüppelte die Polizei in den 20er Jahren Maidemonstrationen aus-

einander, missbrauchten die Faschisten diesen Tag als „Tag der nationalen Arbeit“. In der DDR demonstrierten die Werktätigen ihre Produktionsergebnisse, oftmals schwer genug erkämpft.



Der Inhalt der Forderungen entsprach der jeweiligen Lage der Arbeiter oder den Ideen der Gestalter der Maidemonstrationen – Gewerkschaften, Parteien ...

Und in der Gegenwart?

DIE LINKE Teltow-Fläming begeht in diesem Jahr das 18. Familienfest nach der Wende in der Kreisstadt Luckenwalde, zu dem alle Bürger eingeladen sind. Das liest sich so, als gäbe es nur noch etwas zu feiern. Ist der Kampfinhalt des 1. Mai schon Wirklichkeit? Haben wir das Kämpfen verlernt? Oder haben wir uns den politi-

schen Gegebenheiten angepasst, unterworfen? Ich erinnere an die seit Jahren von den LINKEN diskutierte Mindestlohnforderung. Inzwischen wird sie nicht nur von uns erhoben. Noch gut in Erinnerung sind die Streiks der letzten Monate für höhere Löhne, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in den westlichen Bundesländern.

Ist die unterschiedliche Bezahlung von betrieblichem Stammpersonal und Leiharbeitern – für die gleiche Arbeit wohl gemerkt – nicht Grund genug für Arbeitskämpfe?

Besonders Arbeitskräfte im Osten haben Gründe genug für Lohnkämpfe, weil ihre Stundenlöhne oft weit unter denen ihrer Kollegen in den westlichen Stammwerken liegen. Und sogar beim ALG II werden Unterschiede gemacht: Der Ost-Arbeitslose braucht nicht so „viel“!

War es vor über 100 Jahren der Kampf um den Achtstundentag, geht es heute um Arbeitszeitverkürzung und menschenwürdige Bezahlung. Und es geht um Solidarität, wie wir sie in Gesprächen auf unserem 18. Familienfest bestimmt wieder erleben werden

In diesem Sinne: Auf zum 1. Mai!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



WILLKOMMEN auf unserem Familienfest



Die Menschenrechtskampagne gegen China

Ein Standpunkt von Ulryk Gruschka

Noch immer überschlagen sich in den Medien Meldungen über Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Zentralregierung an den Tibetern. Forderungen werden laut, Tibet die territoriale Unabhängigkeit zu gewähren, zumindest Sanktionen gegen China zu verlangen und die Olympischen Spiele zu boykottieren. Was war geschehen?

In Lhasa ging ein Mob, angeführt von radikalen Mönchen tibetischer Klöster, gegen Einrichtungen der tibetischen Verwaltung, Schulen, Versorgungs- und kulturelle Einrichtungen vor, plünderte und verwüstete sie. Wer sich dem entgegenstellte, setzte sein Leben aufs Spiel.

Die Sicherheitskräfte stellten auf Befehl der tibetischen Regionalregierung die Ordnung wieder her. Die nun einsetzende Medienkampagne gegen die Volksrepublik China stellt alles bisher Dagewesene in Frage, sogar vor plumpen Fälschungen von Nachrichten und Fernsehbildern wurde nicht zurückgeschreckt. (siehe MAZ vom 26.03.2008)

Weshalb diese völlig überzogene Medienkampagne, nur weil eine Regierung ihr Volk gegen gewalttätige Exzesse schützt?

Wenn eine deutsche Regierungsdelegation sich nach China begibt, wird sie aufgefordert, Menschenrechtsverletzungen im Lande anzuprangern. Nichts jedoch geschieht, wenn, wie vor Kurzem, eine Regierungsdelegation Israel besucht. Frau Merkel enthielt sich jeglicher Kritik, obwohl Israel in den Listen der Menschenrechtsverletzungen der größten Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch eine Spitzenposition einnimmt.

Statt dessen verurteilt die Kanzlerin den Iran und droht mit Handelsanktionen.

Warum eigentlich? Iran ist dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, Israel nicht. Der Iran besitzt keine Atomwaffen, Israel aber seit Jahren.

Menschenrechte sind unteilbar, verkündet die Kanzlerin stets – anscheinend doch. Es steckt also mehr hinter den Vorkommnissen in Tibet und der lautstarken Hetzkampagne in den Medien. Immer wieder wird suggeriert, Tibet sei als souveräner Staat von China mit Gewalt besetzt worden, Religion und Kultur in Tibet werden seitens der Zentralregierung vernichtet.

Die historischen Fakten und auch die gegenwärtige Nationalitätenpolitik der Volksrepublik China sprechen eine andere Sprache.



Seit Mitte des 13. Jahrhunderts ist Tibet offiziell Teil des chinesischen Territoriums. In den 40er Jahren des 13. Jahrhunderts unterwarfen sich die Herrschenden in Tibet der Herrschaft des Mongolen Dschingis Khan. 1271 vereinigte Dschingis Khan ganz China und gründete die Yuan-Dynastie. Danach war Tibet ein Verwaltungsgebiet, das der Zentralverwaltung der Yuan-Dynastie unterstand. Seither ist Tibet ein Teil des chinesischen Territoriums. Obwohl viele Dynastien danach gewechselt haben, hat sich dieses Verhältnis nicht geändert. Von der Zentralregierung wurde Tibet dabei stets bis heute eine umfangreiche Autonomie in der inneren Verwaltung zugestanden.

Die Tatsache, dass Tibet ein untrennbarer Teil des chinesischen Territori-

ums ist, wird von den Regierungen aller Länder heute anerkannt.

Der Ursprung der These von der „Unabhängigkeit“ Tibets war ein Produkt der imperialistischen Invasion in China. Schon im 18. Jahrhundert versuchte Großbritannien via Indien (Ostindische Gesellschaft) in Tibet einzudringen.

1840 bis 1860 hatte Großbritannien zwei Opium-Kriege gegen China geführt und der chinesischen Zentralregierung (Quing-Dynastie) ungleiche Verträge aufgezwungen.

1904 führte Großbritannien eine groß angelegte bewaffnete Invasion gegen Tibet durch und zwang die Zentralregierung, die „Lhasa-Konvention“ zu unterzeichnen, nach der Tibet der Gründung englischer Handlungszentren zustimmen hatte und Reparationsleistungen an Großbritannien zu zahlen hatte. Die Absicht war, Tibet sich kolonial zu unterwerfen. Das ließ sich aber schwerlich realisieren, da der Widerstand der chinesischen Zentral- und der Lokalregierung Tibets dagegen sehr stark war, die geografischen Entfernungen ein starkes Hindernis bildeten und auch der tibetische Buddhismus für ein solches Ziel nicht zu gewinnen war. So veränderten die Engländer ihre Strategie und versuchten mit allen Mitteln pro-imperialistische Kräfte in den Oberschichten Tibets aufzupäppeln, finanziell und militärisch zu unterstützen mit dem Ziel, Tibet zuerst von China zu spalten und dann in eine Kolonie zu verwandeln. So inszenierte Großbritannien ab Anfang des 20. Jahrhunderts unter der Parole von der „Unabhängigkeit Tibets“ viele Versuche der Abtrennung Tibets von China. Nach massiver finanzieller „Hilfe“ und Lieferung großer Mengen an Waffen und Munition konnten die Separatisten 1940 die Macht übernehmen.

Nach dem Sieg der volksdemokratischen Revolution 1949 begannen zähe Verhandlungen mit der Lokalregierung.

Fortsetzung auf Seite 3

Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens Für ein Sozialticket in Brandenburg

Am Volksbegehren können alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger vom 28. April 2008 bis zum 27. August 2008 durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in den Gemeindeverwaltungen und Ämtern

Fortsetzung von Seite 2

Sie führten zu einer „Vereinbarung über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets“ zwischen der zentralen Volksregierung und der tibetischen Zentralregierung (23.05.1951)

Sie war Grundlage dafür, dass trotz vieler Intrigen der USA und Großbritanniens Tibet befreit werden konnte, die Kolonialmächte Tibet verlassen mussten und die aufgezwungenen Kolonialverträge annulliert wurden. Noch aber herrschte tiefste Leibeigenschaft in Tibet.

5% der Tibeter, die Feudalherren (Mitglieder der Lokalregierung, Adlige, Klöster) besaßen 100% der Produktionsmittel, während 95% der Bevölkerung, Leibeigene und Sklaven, landlos waren. Sie waren Unfreie, waren privates Eigentum der Feudalherren. Sie konnten sie verkaufen, als Waren tauschen und verpfänden. Bei geringsten Vergehen wurden grausame Strafen verhängt. Es war ein System, das noch grausamer und finsterner als das europäische Mittelalter war.

In der „Vereinbarung über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets zwischen der zentralen Volksregierung und der tibetischen Zentralregierung“ vom 23.05.1951 unter Punkt 11 heißt es:

„Die zentrale Volksregierung zwingt Tibet nicht, Angelegenheiten in seinem Verwaltungsbereich zu erledigen. Die tibetische Lokalregierung soll freiwillig die Reform einführen. Wenn die Bevölkerung die Reform fordert, soll sie die führenden Persönlichkeiten in Tibet zur Lösung konsultieren.“ <

Fortsetzung nächste Ausgabe

teilnehmen. Eintragungsberechtigt sind gemäß §16 VAGBbg in Verbindung mit §5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am 27. August 2008

- das 18. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 28. August 1990 geboren sind,
- seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz haben sowie
- nicht nach §7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Unterstützung des Volksbegehrens geschieht durch die Eintragung in die Eintragungslisten. Die Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, haben. Personen, die sich in die Eintragungslisten eintragen wollen, haben sich über ihre Person auszuweisen.

Wer sich in die Eintragungsliste einträgt, muss persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Wohnort und Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung, sowie der Tag der Eintragung lesbar einzutragen. Eine Eintragung kann nicht mehr zurückgenommen werden.

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, die Eintragung selbst vorzunehmen und dies der aufsichtsführenden Person mit Hinweis auf ihre Behinderung zur Niederschrift erklären, werden von Amts wegen in die Eintragungsliste eingetragen (§18 Abs. 1 Satz 2 VAGBbg i. V. m. §8 Abs. 2 VVVBbg).

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Eintragsraum nicht

oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können, können eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) mit der Ausübung ihres Eintragsrechts beauftragen. Hierfür ist der Hilfsperson eine entsprechende Vollmacht durch die eintragungsberechtigte Person auszustellen (§18 Abs. 1 Satz 2 VAGBbg i. V. m. §7 Abs. 4 VVVBbg).

Das verlangte Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:

Für ein Sozialticket in Brandenburg. Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Jahr 2008 ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen.

Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50 % der jeweiligen VBB-Umweltkarte nicht überschreiten. <

Jede Unterschrift zählt!



TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Vor-Ort-Beratung der Linksfraktion in Luckenwalde

Am 15.04.2008 führte die Landtagsfraktion DIE LINKE in der Kreisstadt Luckenwalde eine Vor-Ort-Beratung durch. Sie verständigte sich in drei Arbeitskreisen zu den Themen:

- Sicherung kommunaler Unternehmen und Stadtumbau
- Bildungspolitik
- Kommunale Arbeitsmarktpolitik und Regionalbudget.

Stärkung kommunaler Unternehmen

DIE LINKE sieht in der Kommunalwirtschaft eine tragende Säule der Selbstverwaltung. Sie ist und bleibt für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge erforderlich. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen wir soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Energie, Wohnen und ÖPNV. Die Verantwortung für diese Bereiche muss durch die öffentliche Hand wahrgenommen werden.

Darüber hinaus sind kommunale Unternehmen bedeutend für die lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung im Land Brandenburg.

Die in einigen Landkreisen jüngst rekommunalisierte Abfallbeseitigung wird ausdrücklich unterstützt. Bereits an Dritte übertragene Betriebe sollten zurückgekauft werden, wenn die neuen Träger die öffentliche Daseinsvorsorge erheblich behindern bzw. ihre Monopolstellung elementar gegen das Gemeinwohl ausnutzen

Für eine dringend notwendige Energiewende kommt aus Sicht der LINKEN den kommunalen Energieversorgern eine besondere Rolle zu. Mit erneuerbaren Energien wird der Weg von der Quelle der Energieerzeugung zum Energieverbraucher über einen Netzverbund perspektivisch unnötig. Das kann eine elementare Chan-

ce der Stadtwerke sein. Dabei gilt es zu klären, welche rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine dezentrale, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energieversorgung vonnöten bzw. zu verändern sind.

Stadtumbau sozial gestalten

Brandenburger Städte schrumpfen! Aus diesem Grund muss die Stadtentwicklungspolitik neue Wege gehen. Dazu ist es notwendig, die Bürgerbeteiligung an diesem Prozess als wichtiges Gestaltungselement einzufordern. Die Städte müssen von denen gestaltet werden, die darin wohnen!

Zentrale Forderungen der LINKEN zum Stadtumbau im Land Brandenburg sind:

- Allen Prognosen entsprechend, muss eine Fortführung des Stadtumbauprogramms weit über das Jahr 2010 garantiert werden. Zugleich ist eine Erhöhung des Fördervolumens notwendig.
- Die Bürgerbeteiligung am Stadtumbauprozess ist nicht nur Bedingung, sondern zugleich auch Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieses Prozesses vor Ort.
- Die Nachhaltigkeit des Stadtumbauprogramms muss durch effektiven Mitteleinsatz im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) erhöht werden.
- Notwendig ist ein Handlungskonzept der Landesregierung für den ländlichen Raum, damit auch hier Umbau- und Aufwertungsmaßnahmen für eine bessere Lebensgestaltung durchgeführt werden können.
- Unerlässlich ist, dass alle abgerissenen und strukturell leerstehenden Wohnungen umgehend von den Belastungen der Altschulden befreit werden. Das ist eine Voraussetzung, um die Liquidität und damit die Handlungsfähigkeit der betroffenen Wohnungsunternehmen zu erhalten.



Um diese Forderungen umsetzen zu können, müssen auch die städtischen Unternehmen – Wohnungsunternehmen, städtische Betriebe der Ver- und Entsorgung – gestärkt werden. Diese brauchen mehr Freiheiten, als es die gesetzlichen Rahmenbedingungen bisher zulassen. Daran hat auch die Novellierung der Kommunalverfassung, insbesondere die Änderungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, nicht beigetragen. Das wurde im Gespräch mit dem Leiter der städtischen Betriebswerke deutlich.

Ausnahmeregelung kann einige Oberschulen retten

Die Unzufriedenheit vor Ort über die Bildungspolitik der letzten Jahre ist auch im Landkreis Teltow-Fläming nicht zu übersehen. Der Abbau der schulischen Infrastruktur in Folge der Bildungspolitik von SPD und CDU hat auch hier zu regionalen Ungleichheiten geführt.

So gibt es im Landkreis nur noch eine Gesamtschule (Dabendorf). Die Oberschulen in Baruth, Dahme und Großbeeren konnten wiederholt keine 7. Klassen einrichten. DIE LINKE hatte vergangene Woche die Landesregierung mit einem Antrag aufgefordert, endlich Ausnahmegenehmigungen zur Unterschreitung der Richtwerte für die

Fortsetzung auf Seite 5

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit!

Zum 29.03.2008 hatten die Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) und die Friedenkoordination Potsdam (Friko) zur Demo in Potsdam aufgerufen. Die Auftaktkundgebung fand vor dem Potsdamer „Brandenburger Tor“ statt. Da auch der Erwerbslosenverband und DIE LINKE, aber auch andere linke Parteien und Initiativen mobilisiert hatten, war es eine gemeinsame, landesweite Demo mit etwa 400 Teilnehmern geworden.

Tobias Pflüger erläuterte wie Auslandseinsätze, sprich Kriegsteilnahme und Sozialabbau zusammenhängen. Schon der Irakkrieg war nur mit Logistik und Stützpunkten aus Deutschland möglich. Die militärischen Auslandseinsätze kosten sehr viel Geld und

auch dafür wurden die „Reformen“ missbraucht. Die Gesellschaft werde besonders in Deutschland sowie an-



deren westlichen Staaten bewusst gespalten und gegeneinander ausgespielt. Die NATO ist nur noch ein Instrument zur Kriegsführung und deshalb über-

flüssig wie ein Kropf.. Prof. Fritz Vilar sprach über die menschenverachtende Verwendung von Uranmunition bei der

Kriegsführung seit dem Balkankonflikt. In den betroffenen Ländern fallen besonders viele Missbildungen bei Neugeborenen auf. Selbst die damit in Kontakt gekommenen Soldaten der US-geführten Streitkräfte berichten über schwere Schädigungen, die deren Regierungen abstreiten.

Auf der Zwischentappe, am Nauener Tor, sagte Dagmar Enkelmann den Demoteilnehmern die Unterstützung ihrer Partei im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau zu. Bei der Abschlusskundgebung am Deserteurdenkmal kamen besonders die Vertreter der verschiedenen Initiativen zu deutlichen Stellungnahmen gegen die vorherrschende Politik. Doch Zeit und Teilnehmer nahmen immer mehr ab und so haben leider nicht alle gemeldeten Redner sprechen können.

Vielseitige kulturelle Einlagen rundeten das Ganze gekonnt ab. So hat zwar nicht alles geklappt, es war aber trotzdem ein guter, erlebnisreicher Tag.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Fortsetzung von Seite 4

Klassenfrequenz an Oberschulen und Gesamtschulen zuzulassen, um einige kleine Schulstandorte zu retten, die ansonsten nicht genügend Schüler zusammen bekommen würden. Nur mit dem Erhalt solcher Schulen können zu lange Schulwege vermieden werden. Die Koalitionsparteien haben mit einem Entschließungsantrag auf den Antrag der LINKEN geantwortet, in dem sie die Einrichtung von Klassen mit zweimal zwölf Kindern befürwortet haben.

Das könnte für die Oberschulen in Dahme, Blankenfelde-Mahlow, Trebbin und möglicherweise auch in Wünsdorf das Überleben bedeuten. Bedauerlich ist, dass diese Regelung für so manchen Schulstandort in Teltow-Fläming zu spät kommt.

Schnellschuss „Kooperatives Jobcenter“ muss vom Tisch

In der Arbeitsmarktpolitik haben kommunale und regionale Akteure in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Landesregierung hat in Gestalt der Regionalbudgets Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds an die Kreise übertragen. In der Einführungsphase waren das für Teltow-

Fläming 519.100 Euro. Grundsätzlich ist dieser Weg der Regionalisierung richtig. Allerdings reicht die Ausstattung bei Weitem nicht aus, um eingetretene Defizite der Landespolitik auszugleichen. Der Vorschlag von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, mit dem Modell des „Kooperativen Jobcenters“ die Zusammenarbeit zwischen ARGEN und der Bundesagentur für Arbeit im Bereich des SGB II zu gestalten, wird von der LINKEN strikt abgelehnt. Denn er ist nichts anderes als die Fortsetzung der ARGE mit einem neuen Türschild. Deshalb muss er sofort vom Tisch. Das meinen auch fast einhellig die Akteure vor Ort.

Nach Auffassung der LINKEN sollte die Bundesregierung die vom Verfassungsgericht zugebilligte Frist bis Ende 2010 intensiv nutzen, um eine handwerklich saubere und sachgerechte Lösung zu erarbeiten.

Ziel der Neuorganisation der Zusammenarbeit zwischen ARGEN und Arbeitsagentur muss sein, Arbeitssuchende aus einer Hand zu betreuen und die Einteilung der Arbeitslosen nach Trägerzuständigkeiten zu überwinden. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für diese Zielstellung einzusetzen. <

Zitiert...

„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern darin, dass er nicht tun muss, was er nicht will!“

*Jean Jaques Rousseau
(1712-1778)
Philosoph und Aufklärer*



Diana Golze hat das Wort

Kinder brauchen mehr!

Kinder sind eine selbstständige Bevölkerungsgruppe. Damit haben sie Anspruch auf einen eigenen Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen. Dies ist ein Ergebnis der von der Kreistagsfraktion und dem Kreisverband DIE LINKE Potsdam-Mittelmark durchgeführten Konferenz „Von meiner Hände Arbeit möchte ich leben – auch in Potsdam-Mittelmark“ am 29.02.2008. Diese einfache Weisheit hört sich so normal an, dass wir nicht weiter darüber nachdenken. Auch die „Erfinder“ von Hartz IV haben in ihrer Berechnung die Kinder vergessen, meine ich als kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Daher plädiere ich dafür, das Existenzminimum von Kindern eigenständig und nicht in Abhängigkeit vom Familieneinkommen abzusichern. Unterstützt werde ich von Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er fordert einen für „Kinder angepassten Regelsatz, der ihren spezifischen Lebensbedingungen und Bedürfnissen entspricht“.

Die Kinderarmut steigt – auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland. Momentan liegt die Kinderarmutsquote bei 10,2 Prozent. Wer ist von dieser Armut betroffen? Vorrangig sind es Kinder in Ostdeutschland, von Alleinerziehenden und Kinder mit Migrationshintergrund.

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Wie wirkt sich diese Armut auf die Kinder aus? Sie ist spürbar als materielle, als soziale und als kulturelle Armut – anders ausgedrückt, die Kinder stehen außen vor. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird erschwert, wird verwehrt.

Negative Auffälligkeiten bei den Kindern sind eine Folge dieser permanenten Benachteiligung. So weisen 36% der armen Kinder ein auffälliges Spielverhalten, 38% ein auffälliges Sprachverhalten und 34% ein auffälliges Arbeitsverhalten auf. Bei nicht-armen Kindern sind es 16%, 16% und 18% - jeweils weniger als die Hälfte. Das führt dazu, dass lediglich 69% der armen Kinder regulär eingeschult werden, bei den nicht-armen sind es 88%.

Ein weiteres Resultat der Untersuchungen: Arme Kinder sind im Vergleich zu nicht-armen Kindern häufiger von Rückstellungen und Klassenwiederholungen betroffen, die Durchschnittsnoten am Ende der Grundschule sind schlechter, der Gang ans Gymnasium ist seltener, der Wechsel an Förder- und Hauptschulen jedoch häufiger und im Resultat ist die schulische/berufliche Prognose eher negativ. Daraus ergeben sich für mich und DIE LINKE folgende Forderungen:

- Kinderrechte in der Verfassung verankern
- Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe
- Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung
- Verbesserung des Qualifikationsniveaus von ErzieherInnen
- Recht auf Gesundheit im Bürgerlichen Gesetzbuch verankern
- Mehr Vernetzung zwischen den Akteuren des Kinderschutzes
- Lokale Angebote stärken – Kompetenzen im Kinderschutz bündeln
- Ermittlung des Bedarfs auf der Basis des Warenkorb für Kinder.

Abschließend sollen die individuelle und bedarfsorientierte Kindergrund-

sicherung als soziales Sicherungssystem verankert werden. Die bis dahin durchgeführten Schritte sollen gesetzgeberisch und systematisch zu einem armutsfesten und Teilhabe sichernden sozialen Sicherungssystem zusammengefasst werden. An einem für alle Kinder einheitlichen Kindergeld wird festgehalten. Als Einstieg in eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung eingeführt, die den bisherigen Kinderzuschlag ersetzt.

Die Kindergrundsicherung dient der dauerhaften Verhinderung von Armut bei Kindern. Sie wird als individueller Anspruch des Kindes ausgestaltet und ersetzt alle bisherigen kindbezogenen staatlichen Transferleistungen außer dem Kindergeld.

In der abschließenden Diskussion in Belzig war man sich schnell einig, dass Kinder nicht nur mehr brauchen, sondern sie verdienen auch mehr! <

Herzlichen Glückwunsch

Die Redaktion unserer Zeitung gratuliert Diana herzlich zur Geburt ihres Sohnes Alexander. <



Kommunalwahlen 2008

Unsere Kandidatin Edeltraud Liese



Marianne Richter im Gespräch mit Edeltraud Liese, Kreistagsabgeordnete Teltow-Fläming, Gemeindevertreterin in der Gemeinde Niedergörsdorf

Marianne: Du hast beruflich mit sehr vielen Menschen zu tun. Wie schätzt Du die Stimmung ein?

Edeltraud: In meiner Gaststätte treffe ich auf Menschen aller Altersgruppen und unterschiedlicher politischer Überzeugungen. Es gibt inzwischen viele Menschen, die begründete Existenzsorgen haben, und es werden immer mehr. Das berührt mich sehr. Einige meckern aber auch auf hohem Niveau. In den 22 Dörfern, die zu unserer Gemeinde gehören, gibt es ein großes soziales Gefälle.

Marianne: Du hast für beide Parlamente das erste mal kandidiert. Welche Beweggründe hattest Du?

Edeltraud: Der Hauptgrund war, dass ich der Meinung war und immer noch bin, dass ich als Abgeordnete mehr für soziale Gerechtigkeit tun kann.

Ich bemerke, dass die Menschen immer weniger Geld zur Verfügung haben, ihr Leben immer teurer wird und sie teilweise von dem, was sie verdienen, ihren normalen Lebensunterhalt nicht mehr sichern können. Wenn dann noch Arbeitslosigkeit dazukommt, ist der soziale Abstieg vorprogrammiert. Das betrifft nicht nur versicherungspflichtig Beschäftigte, zunehmend auch mittelständische und kleine Unternehmer, zu denen ich auch gehöre.

Marianne: Wie willst Du das verändern?

Edeltraud: Ich setze mich für tolerantes Miteinander in den Volksvertretungen ein, dass die Probleme der Menschen für uns Abgeordnete im Mittelpunkt stehen und nicht das parteipolitische Verhalten. In der Gemeinde gelingt uns das gut. Im Kreistag bin ich oft enttäuscht über das Verhalten einiger Abgeordneter. Ich bin Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Fördervereins Fläming Skate e.V. und leite den Skaterstammtisch-Niedergörsdorf. Hier treffen sich Gewerbetreibende und Gastronomen mit dem Ziel, sich gegenseitig zu unterstüt-

zen und ihre Stärken herauszuarbeiten. Nicht Konkurrenz, sondern Gemeinsamkeit ist uns wichtig. Im Kreistag bin ich im Jugendhilfeausschuss aktiv. Ich war Pionierleiterin, Unterstufenlehrerin, später Bürgermeisterin. Die Jugend hat es mir angetan. Über jeden kleinen Erfolg freue ich mich. So z. B., dass es gelungen ist, die Notwendigkeit von Jugendsozialarbeitern in den Schulen zu verdeutlichen und die Verantwortlichen des Kreises und der Kommune davon zu überzeugen, diese Stellen auch zu besetzen. Außerdem will ich selbst Vorbild sein. Ich zahle meinen Mitarbeitern Tariflohn. Ich beschäftige 2,5 Festangestellte und habe drei Auszubildende.

Marianne: Du kandidierst erneut. Was wünschst Du Dir?

Edeltraud: In erster Linie die vielen noch ungelösten Probleme zu einem guten Ende zu bringen. Mehr Miteinander in den einzelnen Fraktionen. Natürlich, dass die Partei DIE LINKE viele Mandate erringt und dass sich mehr Jugendliche in die aktive Politik einmischen.

Marianne: Ich möchte Dir gerne ein Kompliment machen. Das Gespräch mit Dir war sehr interessant. Außerdem hast Du eine sehr schöne, gepflegte Gaststätte und Dein Essen ist ausgezeichnet.

Marianne Richter, Luckenwalde

Schon gewusst?

- Bautzener Senf ist klasse. Der Marktanteil beträgt im Osten 65%. Monatlich laufen in der Senffabrik über zwei Millionen Becher vom Band.
- Das in Oranienburg geplante Projekt „Chinatown“ kipelt. Der chinesische

Investor kann für die 500 Millionen Euro Investition keine Finanzierung nachweisen.

- Jede sechste Solarzelle, die weltweit eingesetzt wird, stammt aus Ostdeutschland.
- Die Sorben laufen Sturm und kämpfen gegen die Kürzung der Finanzzuschüsse für ihre Stiftung. Betroffen

von der Rotstiftpolitik sind das Nationalensemble, das sorbische Museum und das Institut.

- Finanzsenator Georg Scholze (CDU) ist seiner Geldgeberstadt Rostock offenbar nicht besonders verbunden. Sein Hauptwohnsitz ist immer noch in Recklinghausen, dort zahlt er auch Steuern.

Dieter Werner

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher



Cottbuser Parteitag

Am 25./26.Mai wird in Cottbus der erste Parteitag der Partei DIE LINKE stattfinden. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Der Parteivorstand hat auf seiner Sitzung am 12. April 2008 den Leitantrag für den Parteitag beschlossen. In dem Antrag heisst es: „Wie keine andere Partei hat die neue LINKE nach ihrem Wahlerfolg 2005 die Politik im Land verändert. Erst in Bremen und jetzt auch in Niedersachsen, Hessen und Hamburg haben die Bürgerinnen und Bürger eine neue politische Kraft, DIE LINKE, in die Landesparlamente gewählt. Die vertrauten parlamentarischen Wechselspiele zwischen dem schwarz-gelben Lager und dem rot-grünen Lager funktionieren nicht mehr; mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger wollen einen darüber hinausgehenden Wechsel in der Politik. Gleichzeitig wächst die Zahl derjenigen, die nicht mehr an Wahlen und anderen demokratischen Willensbildungsprozessen teilnehmen und keine Chance der Einflussnahme sehen. DIE LINKE ist angetreten, diese resignative Grundstimmung zu verändern. ...“

Der Leitantrag trägt die Überschrift: „Eine starke LINKE für eine andere, bessere Politik“. Dieser Leitantrag ist sehr umfangreich debattiert worden. Es wurde konstatiert, dass eine starke LINKE die sozialen Themen wieder auf die Agenda setzt, dass soziale Themen in Deutschland wieder ernst genommen werden. Sehr wichtig ist, dass für uns praktische Veränderungen in der Politik der Maßstab für unsere Arbeit sind. Wir können da in den letzten Monaten und Jahren auf diverse Erfolge verweisen. Es ist nicht nur, dass die 58-er Regelung verlängert worden ist. Wir glauben auch, dass die Debatte um Renten und Rentenerhö-

hungen ohne uns so nicht stattgefunden hätte. Der Parteivorstand hat mit dem Leitantrag die Schwerpunkte unseres Agierens in den nächsten Monaten bis zu den zentralen Wahlen festgelegt und für den Parteitag vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass wir auf dem Parteitag sicherlich auch mit kontroversen Diskussionen zu rechnen haben, aber die Grundlinie wird sich in Cottbus wiederfinden. Ich möchte auch noch hervorheben, dass der Leitantrag eine sehr breite Zustimmung gefunden hat. Es gab eine Gegenstimme und eine Enthaltung.

Italiens LINKE

Die italienische Linke ist erstmals nicht im Parlament vertreten. Das ist eine bittere Niederlage. Die Zweiteilung und Polarisierung der italienischen Gesellschaft, die sich bereits vor zwei Jahren mit einem hauchdünnen Vorsprung für Mitte-Links abgezeichnet hatte, wurde zementiert, nunmehr auch durch die parteipolitisch vollzogene Polarität der Popolo della Libertà (Volk der Freiheit) und der Partito Democratico (Demokratische Partei). Für

die radikale, alternative Linke bleibt damit die zentrale Aufgabenstellung, sich außerparlamentarisch als Kraft zu bündeln und durch Neuausrichtung und Stärkung einer geeinten, gesellschaftsalternativen italienischen Linken den energischen Widerstand gegen Demokratie- und Sozialabbau voranzutreiben.

Für die italienische Linke und für die Europäische Linke insgesamt ist jetzt eine unaufgeregte und komplexe Ursachenanalyse wichtig.

Unsere italienischen Freunde werden Antworten finden, wie die alternative und radikale Linke in Italien künftig auf Politik und gesellschaftliche Entwicklung Einfluss nehmen wird. Es geht dabei auch um ihren künftigen Platz in der politischen Landschaft - auch gegenüber der Demokratischen Partei, die selbst vor der Herausforderung steht, Opposition zum politischen Kurs eines Berlusconi und einer Lega Nord zu entwickeln.

Danke

Für die lieben Grüße und Glückwünsche zum Internationalen Frauentag! Wir, die Frauen der BO 20 Luckenwalde, erhielten am 8. März einen herzlichen Kartengruß von unserem Basisvorsitzenden, Harry Gebauer. Darüber haben wir uns besonders gefreut, weil die meisten von uns aus gesundheitlichen Gründen die Wohnung nicht mehr verlassen können.

Dass Harry an uns gedacht hat trotz seiner eigenen gesundheitlichen Pro-

bleme, empfinden wir als besonders erwähnenswert.

Die erste Überraschung erhielt eine Fortsetzung, als Annelore Müller im Namen der Genossen jeder von uns persönlich mit einer roten Nelke zum Ehrentag gratulierte. Das gab uns wieder neuen Mut und zeigte, dass wir nicht vergessen werden.

Danke dafür sagt, auch im Namen der anderen Genossinnen,

*Helga Mordhorst, BO 20
Luckenwalde*

„Niveau werden wir uns nicht leisten können“?

Der Film „Neuland“ wurde in unserer Gesamtmitgliederversammlung am 28. März 2008 gezeigt. Ein Film des RBB über Enttäuschungen und Hoffnungen der Menschen im Land Brandenburg. An der Konzentration der Anwesenden und dem Wunsch, sich zu den dargestellten Problemen zu äußern, wurde unsere Betroffenheit deutlich.

Nur stichpunktartig kann ich den Inhalt weitergeben. Der „untergehende“ Osten mit leer stehenden Häusern, Industriebrachen und dem Untergang ländlicher Regionen war das Thema. Menschen, die keine Illusionen mehr haben, sich für „Überflüssige“ halten, meldeten sich zu Wort.

Die Chipfabrik in Frankfurt an der Oder, Cargolifter, Tropical Islands, Silver Lake City u.v.a.m. haben Milliarden verschlungen, der Erfolg blieb aus, obwohl es uns die Politik anders verkaufen möchte. Geld wird nur noch

in die Ober- und Mittelzentren des Landes fließen, hat unsere Landesregierung beschlossen.

Die „blühenden Landschaften“ bleiben dadurch einem großen Teil der Ostdeutschen weiter verschlossen.

Kulturstätten werden geschlossen, dafür wächst der Rechtsextremismus.

Der „Luxus der Leere“ hat den Ostdeutschen erfasst.

Aber trotz alledem begreifen es viele auch als Chance. Ein Bürgermeister macht überzeugend deutlich, warum es sich lohnt, dort zu wohnen. Zugezogene werden in die Gemeinschaft integriert, fühlen sich zu Hause.

Zwei junge Männer stellen ihre Schneckenzucht vor und hoffen auf Erfolg. Kleine Orte versorgen sich allein mit Energie. Vom Anbau der Rohstoffe bis zur Energiegewinnung im kleinen Kraftwerk bleibt alles im Ort.

Auch alternative Lebensformen bieten Chancen, eine wird in dem Film gezeigt und macht neugierig.

Schon deshalb kann meine Überschrift nicht stimmen, denn wir leisten uns Niveau. Wenn jetzt noch die Politik begreift, wie viel geistiges Potenzial und Arbeitswillen in unseren Menschen stecken, klappt es vielleicht noch mit den blühenden Landschaften.

Hinweisen möchte ich unbedingt noch auf die einleitenden Worte der Mitglieder unseres Stadtvorstandes.

Die Freude an den neuesten demografischen Umfragen macht genauso Mut wie der Erfolg, den uns der Zusammenschluss mit der WASG gebracht hat. Für die bevorstehenden Kommunalwahlen sind wir gut gerüstet; aber Grund, die Hände in den Schoß zu legen, haben wir nicht, denn wir wollen uns auch weiterhin „Niveau leisten“.

Marianne Richter, Luckenwalde

Ärzte und Patienten sitzen im selben Boot

Täglich informieren uns die Medien über Wirtschafts- und Finanzprobleme. Spürbar werden diese ganz leise im täglichen Leben. Zum Beispiel gibt es ab 1. Januar 2008 drastische Einschränkungen in der Verordnung von Physiotherapien.

Wegen Tablettenunverträglichkeit ist eine physiotherapeutische Maßnahme die effektivste Behandlung für mich. Die Begründungen für die Ablehnung derselben sind immer ähnlich: Die Kassen sind leer! Es gibt Ärzte, die sachlich begründet dieses Gesundheits-Unwesen hinnehmen. Wir als Patienten sollten die Ärzte unterstützen, die sich wehren. Denn sie tun es auch für uns.

Wir als Kassenpatienten haben in der nun Form annehmenden Zweiklassenmedizin nur diese eine Lobby: unsere Haus- und Fachärzte. Diese wiederum sollten ihre Patienten mehr einbeziehen statt beispielsweise den Medi-

en die Bewertung ihres Handelns zu überlassen. Für mich ist Aufregung Gift. Wenn dieser Staat mich aber zum Menschen zweiter Klasse, selbst mit 42 Arbeitsjahren, degradiert, ganz gleich ob nun finanziell oder fürsorglich, dann muss ich Stellung nehmen und Unterstützung geben, denn „Stillhalten“ verursacht auch Schmerzen.

Zur Erinnerung: Streiks sind das letzte Mittel der Auseinandersetzung, wenn andere Bemühungen fehlschlagen. Und Aktionen müssen weh tun, und zwar den Bestreikten. Genehmigung oder Verbot von Streiks ist ihr Machtinstrument, aber ein undemokratischer Akt.

Liebe Ärzte, meine Unterstützung haben Sie, und andere Patienten werden sicher darüber nachdenken. Blieben die Steuern der Reichen im Lande, müsste dieser Staat uns nicht so armselig behandeln.

Christa Peter, Luckenwalde

Ein Mai-Gedicht

Der erste Mai, von früher her,
brachte mit sich Mühsal und Beschwer.

War dieser Kampf auch nicht nur leicht,
es wurde manches doch erreicht.

Doch seit wir feiern bei Kaffee und Kuchen,
können wir solche Erfolge suchen.
Die Preise steigen immer mehr
für Wohnung, Energie, Verzehr.

Das Einkommen wird abgesenkt,
man kriegt im Leben nichts geschenkt.
Wer wie bisher verzichten will,
der bleibe weiter brav und still.

Wer andres will, zeigt Herrschern zum Verdruss,
dass sich im Staat viel ändern muss.
Drum rufe ich: Setzt Euch zur Wehr,
bei Wahlen, Streiks und manchem mehr.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Hier werden die Bösen bestraft

Nach täglichem Zeitungsstudium hatte ich wieder einmal Lust, einen Kriminalroman zu lesen. Warum? Hier werden – im Gegensatz zur Politik – die Bösen bestraft, die Gerechtigkeit siegt.

Die Reichen versuchen zwar auch, immer reicher zu werden, aber letztendlich vermässelt ihnen ein kluges, dem Gesetz verpflichtetes Kriminalistenteam die Tour. Die Bösen werden verurteilt oder sterben. Wie wohl-tuend!

Also versenkte ich mich in eine andere Welt, fernab vom täglichen Erleben. Mit Charlotte Links neuestem Roman „Die letzte Spur“ hatte ich einen guten Griff getan. Eigentlich als Os-

terlektüre gedacht, waren die 630 Seiten leider schon vorher ausgelesen.

Zur Handlung: Elaine Dawson ist vom Pech verfolgt. Als sie nach Gi-



braltar zur Hochzeit einer Freundin fliegen will, werden sämtliche Flüge wegen Nebels gestrichen. Sie nimmt das Angebot eines Fremden an, in sei-

ner Wohnung zu übernachten und ist von diesem Zeitpunkt an spurlos verschwunden.

Weiter wird nichts verraten. Nur so viel: Immer wenn man denkt, die Lösung sei nahe, treten neue Verwicklungen auf. Die Handlung ist spannend, die Charaktere sind glaubhaft. Das Handeln und Verhalten der Personen wird aus deren sozialem Umfeld, also aus ihren Erfahrungen heraus begründet.

Charlotte Link vermeidet jegliche Klischees.

Wer also Spannung liebt, kaufe dieses Buch. Die 9,95 Euro lohnen sich.

Renate Klettke

Eine von UNS

Marianne: Du hast in den 45 Jahren deiner Mitgliedschaft in unserer Partei viel erlebt.

Welche Erfahrungen möchtest Du nicht missen?

Christa: In der Partei hatte ich wie schon vorher seit 1949 in der FDJ auf unterschiedlichen Gebieten ehrenamtliche und hauptamtliche Funktionen. Sie brachten mich mit den verschiedensten Menschen zusammen – Mitschülern, Studienkollegen, Lehrerkollegen, Schülern, FDJ- und Parteifunktionären, Frauenkollektiven, Bürgern im Wohngebiet – um nur einige zu nennen.

Die wichtigsten Erfahrungen sind für mich:

- Man muss sich Mühe geben, anderen Menschen zuzuhören und ihre Probleme verstehen zu wollen.

- Es geht nicht darum, nur den eigenen Standpunkt durchzusetzen. Ich muss bereit sein, andere Meinungen anzuhören, sie zu durchdenken und mich gegebenenfalls zu revidieren.

- Nur so entsteht eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre als Voraus-

Christa Zernick



setzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Marianne: Mit welchen Aufgaben beschäftigst Du Dich gegenwärtig?

Christa: In der Basisgruppe der Partei DIE LINKE in unserer Gemeinde Am Mellensee (ich bin Vorsitzende) beschäftigen wir uns zur Zeit mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen am 28. September diesen Jahres.

Wir haben den Entwurf eines Wahlprogrammes erarbeitet und diskutiert, jetzt werden die Gedanken aller ein-

gearbeitet. Wir sprechen mit Genossen und Sympathisanten über eine Kandidatur auf unserer offenen Liste und überlegen uns weitere Aktivitäten im Wahlkampf.

Marianne: Was wünschst Du Dir besonders für die Zukunft unserer Partei?

Christa: Vorausstellen möchte ich einen Satz, den Hans Modrow in seinem Buch „In historischer Mission“ schreibt: „Das ist es, worum es einer Linken vor allem zu gehen hat:

Die Menschen zu erreichen, ihre Sorgen und Fragen ernst- und aufzunehmen, diese als Auftrag zu verstehen. Linke müssen ihre Ohren öffnen und das Herz in die Hände nehmen.“

Ich wünsche mir eine solche Partei,

- die den Frieden als höchstes Gut achtet und verteidigt,

- die ihre kommunistischen und sozialistischen Grundlagen neu durchdenkt und beachtet,

- in der die DDR als Versuch, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, als rechtmäßig und richtig anerkannt wird,

- in der wir darüber nachdenken und diskutieren, warum wir gescheitert

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

sind, und daraus unsere Schlussfolgerungen ziehen,

- in der wir stärker das Gemeinsame als das Trennende im kameradschaftlichen Umgang miteinander pflegen,

- dass wir uns an der zukünftigen Diskussion um das Programm der Partei DIE LINKE aktiv beteiligen und es nach der Beschlussfassung mit Engagement und Disziplin verwirklichen.

In dieser Partei und für diese Partei will ich wirken, gemeinsam mit Genossen und Freunden, alten und neuen.

Vielen Dank für das Gespräch!



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Weimar – rund 1000 Menschen haben durch eine Sitzblockade einen Aufmarsch der NPD durch das Stadtzentrum verhindert – ein Teil dieser mutigen Gegner der Rechten wurden von der Polizei gewaltsam weggetragen. Wie oft soll in unserem „demokratischen“ Staat dieses Szenarium eigentlich noch ablaufen?

- „Edel-Kindertagesstätten“ werden eröffnet, Preise von ca. 1000 Euro monatlich sind zu zahlen. Normalbürger müssen draußen bleiben, zahlen aber mit ihren Steuern die staatlichen Subventionen mit.

- Auslandseinsätze der Bundeswehr immer teurer – 2007 wurden dafür 910,7 Millionen Euro ausgegeben, 16,7 Millionen mehr als 2006.

- Schon wieder Preiserhöhungen bei Gas und Strom. Vor der Bundestagswahl versprach Frau Merkel, sich für niedrige Energiepreise einzusetzen. Nach der Wahl???

- Die Flugesellschaft des BBI hat 113 Flugbewegungen zwischen 22.00 und 6.00 Uhr beantragt.

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee



lückwünsche

Klaus Nicolaus in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 19.05.
Anni Roßmann in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 21.05.
Prof. Dr. Helmut Fröhlich in Großbeeren zum 81. Geburtstag am 22.05.
Gisela Brandt in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 23.05.
Friedhelm Götz in Dahme/Mark zum 78. Geburtstag am 27.05.
Annamaria Engert in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 30.05.
Eva Sachse in Am Mellensee zum 83. Geburtstag am 31.05.
Hans-Joachim Büchner in Ludwigsfelde zum 89. Geburtstag am 02.06.
Josef Sagner in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 02.06.
Walter Odebrecht in Mahlow zum 71. Geburtstag am 07.06.
Edith Weise in Luckenwalde zum 73. Geburtstag am 10.06.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

Florian Golz in Blankenfelde zum **70.** Geburtstag am 16.05.
Christian Wuthe in Am Mellensee zum **60.** Geburtstag am 27.05.
Hildegard Kschempeck in Blankenfelde zum **75.** Geburtstag am 28.05.
Gisela Kuhnt in Blankenfelde zum **70.** Geburtstag am 29.05.
Paul Freigang in Dahme/Mark zum **80.** Geburtstag am 04.06.
Ursula Schwinzer in Mahlow zum **60.** Geburtstag am 09.06.
Manfred Wehlan in Luckenwalde zum **50.** Geburtstag am 09.06.

Alle Jahre wieder...

Aufruf zum Frühjahrsputz – eine lobenswerte Initiative des Ortsbeirates Blankenfelde!

Die Mitglieder der LINKEN säuberten nun schon seit Jahren traditionsgemäß beidseitig der Straße das Wäldchen am Ortsausgang Blankenfelde in Richtung Glasow.

Wir haben dabei festgestellt: Das Umweltbewusstsein vieler Bürger ist gestiegen. Es gab dort längst nicht mehr so viel Müll einzusammeln wie in vergangenen Jahren. Vielleicht werden auch die herumliegenden Flaschen künftig noch weniger. Doch der Unrat im



„Birkenwäldchen“, zwischen Rembrandtstraße und Max-Liebermann-Ring, ist uns wie sicher vielen anderen Blankenfeldern schon lange ein „Dorn im Auge“. Deshalb haben wir für uns entschieden, auch dort die Ärmel hochzukrempeln und dieses Stück für die neue Saison zu putzen.

Das Wetter spielte mit und es wurde allerhand geschafft. Wir, und sicher nicht nur wir, würden uns freuen, wenn dort niemand mehr Sachen „verliert“, die nicht in die Natur gehören.

*Otto Dase, Gemeindevertreter
Blankenfelde, Fraktion DIE LINKE*

Termine

08.05.08 10.00 Uhr

- Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal am Dammtor in Jüterbog

- Stilles Gedenken, Waldfriedhof und Stalag-Friedhof Luckenwalde

- Kranzniederlegung am Denkmal am Kiez in Zossen

- Kranzniederlegung auf den Friedhöfen in Ludwigsfelde und Blankenfelde

- Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Baruth

08.05.08 14.30 Uhr

Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog

08.05.08 18.00 Uhr

Mirgliederversammlung
Regionalverband TF Süd
Geschäftsstelle Jüterbog

14.05.08 14.30 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.05.08 18.30 Uhr

Koordinierungsrat
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

24.05.08 09.30 Uhr

Mitgliederversammlung Stadtverband Luckenwalde
Gasstätte Eckbusch

26.05.08 19.00 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

30.05.08 18.00 Uhr

JüterRock
Schlosspark Jüterbog

02.06.08 17.00 Uhr

Beratung des Sprecherrates
Blankenfelde/Mahlow
Alte Aula Blankenfelde

04.06.08 9.00 Uhr

Stadtvorstand/Gebietsvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

05.06.08 14.30 Uhr

Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog

05.06.08 15.30 Uhr

Seniorenachmittag
„Alles um die Biene“
Geschäftsstelle Luckenwalde

05.06.08 18.30 Uhr

Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

Bundesparteitag

Der 1. Parteitag findet am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus statt. Der Parteitag wird sich mit den Aufgaben der Partei bis zu den Bundestagswahlen 2009 befassen und den Parteivorstand und weitere Gremien wählen. <

kommunalpolitisches forum

Das kommunalpolitische forum bietet auch im Mai wieder attraktive Schulungsangebote für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich für ihre Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen weiter qualifizieren wollen, aber auch an jene, die 2008 das erste Mal ein politisches Mandat anstreben wollen und nun das Rüstzeug für dieses ehenamtliche Wirken erwerben wollen. Unabhängig von diesem zentralen Angebot besteht die Möglichkeit im Zusammenwirken mit den kf-Kontaktstellen Angebote entsprechend den regionalen Spezifika wahrzunehmen.

Am 17. Mai findet in Potsdam, Hermannswerder im Tagunshaus BlauArt von 10.00 - 16.00 Uhr ein kommunalpolitischer Tag für alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalvertretungen unter 30 statt. Inhalt der Schulung wird eine praktische Abarbeitung einer Kreistagssitzung sein. Die Anmeldung sollte bis spätestens 5. Mai erfolgen.

Am 31. Mai findet ein weiterer kf-Tag in Potsdam, Hermannswerder im Tagunshaus BlauArt statt. Inhalt dieser Veranstaltung wird das „Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz - KICK, die Verantwortung der Kommunen“ sein.

Das Modul 2 der zweiten Schulungsrunde beinhaltet „Die Rechtssetzung der Kommunen als Körperschaften öffentlichen Rechts/ Kommunale Satzungen“.

Informationen zu den Veranstaltungen und den aktuellen Arbeitsplan finden Sie unter:

www.kf-land-brandenburg.de

Kommunalwahlen



2008

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 09. April 2008, der nächsten Ausgabe: 14. Mai 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.